



Worte sind mächtig

Flüchtlingsstrom, Flüchtlingsflut, Flüchtlingskrise – Worte prägen unsere Wahrnehmung der Welt. Wünschenswert wäre deshalb, dass Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker und nicht zuletzt wir alle, als politisch interessierte Menschen, auf unsere Sprache achten. Es kommen viele Menschen zu uns. Sie kommen aus Not, weil sie um ihr Leben und das ihrer Angehörigen fürchten. Jede und jeder von ihnen hat es verdient als einzelne Person wahrgenommen zu werden. Da steht nicht eine amorphe „Masse“ vor den Registrierungsstellen. Es rollt auch keine „Flut“ über die Grenzen an (was viele leider nicht mit der natürlichen Ebbe und Flut des Meeres, sondern mit Katastrophe gleichsetzen). Nein, es kommen viele, sehr viele Menschen, die hoffen, in Europa eine neue Heimat zu finden, die vor Krieg und Elend flüchten. Sie sind traumatisiert, haben ihr materielles Gut und häufig auch ihre Familien verloren.

Worte sind mächtig, beschwören Bilder herauf, verändern unsere Sicht auf Situationen. Es sind nicht nur Pegidaanhänger, nicht nur rechte Hetzer, die absichtlich durch ihre Wortwahl Ängste schüren. Es sind auch unbedachte Äußerungen, von denen, die der Ausländerfeindlichkeit unverdächtig sind. Flüchtlingskrise – das Wort löst Assoziationen aus: Wir kennen Krisengebiete, Weltwirtschaftskrisen, gesundheitliche Krisen und denken dabei an Gefahr, an unüberschaubare Risiken, an Bedrohung. Wir alle sind gefordert, unsere Worte sorgfältig zu wählen – Damit ihre Macht unsere Wahrnehmung, unser Denken und am Ende unser Handeln nicht in die Irre führt.

Sabine Nehls

Themen:

IT-Gipfel: Kultur und Medien 2	
ver.di zu Urheberrecht	3
DGB: Whistleblower schützen	4
dju: Presserecht gestärkt	4
ver.di kritisiert DW	5
verdi/DGB zu WDR-Gesetz	6
Konvergenzmonitor	7
dju Hessen begrüßt LT-Beschluss zu Qualitätsmedien	8
Stiftung Vielfalt: kooperiert mit Correct!v	9
ROG: Syrerin ist Journalistin des Jahres	10
DRadio: Ankommen in der Fremde	10
ARD/ZDF Förderpreis Frauen + Medientechnologie	11
ZDF-FR: Berichte zu Flüchtlingen ausgewogen	12
KEK zu Sat1-Drittsendezeit	12
DDVG: Ergebnis positiv	13
OBS: Studie zu Vertrauenskrise der Medien	14
Personalien	15
Veranstaltungen	16
Impressum	17



IT-Gipfel: Neue Plattform „Kultur und Medien“

In den Nationalen IT-Gipfel war in diesem Jahr erstmals auch die Kultur- und Kreativwirtschaft eingebunden. Dazu ist die neue Plattform „Kultur und Medien“ unter dem Vorsitz der Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters und dem Koordinator der Deutschen Content Allianz Jürgen Doetz vom Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT), ins Leben gerufen worden. Die Mitglieder der Plattform haben Thesen für ein erfolgreiches Zusammenwirken von Technologie und Inhalten erarbeitet. Darin untersuchen die Mitglieder der Plattform den Beitrag der Inhalteanbieter zu technischen Innovationen und zur Digitalwirtschaft. Hieraus werden Empfehlungen der Branche an die Politik, unter anderem zu den Themen Netzneutralität und Zugang, Suchmaschinen und Auffindbarkeit sowie Rechtsdurchsetzung und Haftung, abgeleitet.

Staatsministerin Monika Grütters erklärte: „Es ist ein politischer Erfolg, dass die Bereiche Kultur und Medien nicht nur in der Digitalen Agenda der Bundesregierung, sondern erstmals auch im Rahmen des Nationalen IT-Gipfels einen festen Platz erhalten haben. Dadurch wird der großen Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in der digitalen Welt Rechnung getragen. Nun gilt es, weiter an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kreative und Künstler zu arbeiten, denn von ihren Ideen und Innovationen profitieren alle – auch die IT-Branche.“ Jürgen Doetz aus: "Digital ist mehr als Technik und die Inhalte sind maßgebliche Treiber der Digitalisierung. Folgerichtig wird jetzt auch der IT-Gipfel im wahrsten Sinne des Wortes kreativ. Der formalen Einbindung unserer Branche müssen jetzt in den für uns relevanten Themen auch Taten bei der Umsetzung der Digitalen Agenda der Bundesregierung folgen. Wir freuen uns auf den Dialog.“

Thesepapier unter:

www.it-gipfel.de

www.kulturrat.de

Mitglieder der Plattform
„Kultur und Medien“:

Allianz Deutscher Produzenten
– Film & Fernsehen

ARD

BIU - Bundesverband
Interaktive

Unterhaltungssoftware

Börsenverein des Deutschen
Buchhandels

Bundesverband Deutscher
Zeitungsverleger

Bundesverband Musikindustrie

Deutscher Kulturrat

Die Beauftragte der
Bundesregierung für Kultur und
Medien

GEMA

Initiative Urheberrecht

Spitzenorganisation der
Filmwirtschaft,

Verband Deutscher
Drehbuchautoren

Verband Deutscher
Zeitschriftenverleger

Verband Privater Rundfunk und
Telemedien

ZDF

ver.di zur Reform des Urhebervertragsrechts

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat eine Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Reform des Urhebervertragsrechts abgegeben. Sie plädiert dafür die geplante Reform zu nutzen, um für Urheberinnen und Urhebern angemessene Vergütungen durchzusetzen. „Der Gesetzesentwurf schafft gute Grundlagen, gemeinsame Vergütungsregelungen zwischen Verwertern auf der einen und Gewerkschaften und Verbänden auf der anderen Seite abzuschließen. Der Entwurf macht Verhandlungen für die Verwerterseite attraktiver. Dieses Ziel teilen wir, denn es ist dringend notwendig, dass Verwerter konstruktive Verhandlungen über Branchenlösungen führen“, sagte der stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende Frank Werneke.

Werneke verwies darauf, dass etliche Verwerter Verhandlungen über Vergütungsregelungen verweigerten, willentlich ins Leere laufen ließen oder bereits abgeschlossene Vergütungsregelungen schlichtweg ignorierten. Der stellvertretende Bundesvorsitzende warnte, dass selbst bei einer vollständigen Umsetzung des Referentenentwurfs weiterhin die Gefahr bestehe, dass einzelne Verwerter oder ganze Branchen den Urheberinnen und Urhebern sowie ausübenden Künstlerinnen und Künstlern angemessene Vergütungen vorsätzlich vorenthielten. „Daher ist das vorgesehene Verbandsklagerecht ein wichtiger Schritt, den einmal ausgehandelten Vergütungen zur Geltung zu verhelfen“, so Werneke. Er erinnerte die Verwerter daran, dass dem Gesetzgeber in Analogie zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz auch die Möglichkeit zur Verfügung stünde, Grundlagen dafür zu schaffen, die nach dem Urheberrechtsgesetz vereinbarten Mindestvergütungen von staatlichen Stellen kontrollieren zu lassen.

ver.di verwies auch auf die Stellungnahme der Initiative Urheberrecht, in der sie Mitglied ist.

Stellungnahmen:

<http://tinyurl.com/qyjor7t>

www.urheber.info

DGB: Whistleblower schützen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat die Bundesregierung aufgefordert, Hinweisgeber (Whistleblowers) in der Arbeitswelt endlich systematisch zu schützen. „Arbeitnehmer brauchen ein ausdrückliches Recht zur Hinweisgabe, wenn sie ‚im guten Glauben‘ annehmen können, dass es im Unternehmen Missstände gibt“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach Mitte November in Berlin. „Und sie brauchen ein Recht auf Fortsetzung ihrer Arbeit ohne Benachteiligung.“ Ein Gutachten von Prof. Andreas Fischer-Lescano, das der DGB in Auftrag gegeben hat, belegt, dass Deutschland auch völkerrechtlich dazu verpflichtet ist, Whistleblower systematisch und umfassend zu schützen. „Auch die OECD kritisiert schon lange die Untätigkeit der Bundesrepublik in diesem Bereich“, sagte Buntenbach. Aktuelle Beispiele belegten, wie schädlich eine Kultur des kollektiven Wegschauens sein könne: für die Umwelt, für die Beschäftigten und am Ende für die Unternehmen selbst. Immer noch seien viele Arbeitgeber der Meinung, das Problem mit internen Whistleblower-Hotlines in den Griff zu bekommen. „Wir müssen aber feststellen, dass solche Meldesysteme nutzlos sind, wenn Missstände von der Führungsebene ausgehen oder zumindest geduldet werden“, sagte Buntenbach. Deshalb müssten die Regierungsparteien endlich ihre Ankündigung wahr machen, die Umsetzung internationaler Vorgaben prüfen zu wollen.

Gutachten und Statement
unter:

www.dgb.de/-/Okm

dju: Karlsruhe stärkt Pressefreiheit

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Medien grundsätzlich Anspruch auf die Herausgabe von Gerichtsurteilen haben: „Damit haben die Karlsruher Richter einmal mehr Versuchen, die Pressefreiheit einzuschränken, das Stoppschild gezeigt. Die dritte Gewalt hat die Medien als vierte Gewalt gestärkt“, sagte dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß. Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, dass es einen Anspruch der Medien auf Auskunft über veröffentlichungswürdige Gerichtsentscheidungen gebe. Dies ergebe sich schon aus dem Demokratiegebot und dem Grundsatz der Gewaltenteilung, erklärten die Verfassungsrichter: „Es entspricht der Rolle der Medien in unserer Demokratie, zu entscheiden, worüber sie berichten wollen. Entscheiden sie sich für eine Berichterstattung, brauchen sie entsprechende Informationen zur sachgerechten Einordnung von Zusammenhängen. Dem dürfen sich auch Gerichte nicht verschließen, daher ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts richtig und wichtig“, unterstrich Haß.

Der zuvor vom Oberverwaltungsgericht Thüringen unterstellte Verdacht der Zeugenbeeinflussung sei hingegen absurd. Ebenso wie es keine Nachweise der tendenziösen Aussage eines Ehepartners zum Vorteil des anderen Ehepartners gebe, gebe es keinen Nachweis der Beeinflussung von Zeugenaussagen durch Presseberichterstattung. Die Richterinnen und Richter seien durchaus in der Lage, die Glaubwürdigkeit eines Zeugen zu beurteilen. Eine freie und unabhängige Berichterstattung sei einer der Garanten des Rechtsstaates. Deswegen spreche sich die dju für ein grundsätzliches Recht auch auf Akteneinsicht aus. Nur durch vollständige Transparenz könne die Presse ihrer verfassungsrechtlich zugedachten Aufsichtsfunktion nachkommen.

ver.di kritisiert Deutschen Welle

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert, dass die Deutsche Welle (DW) offensichtlich plant, selbstständige Freiberufler aus dem Schutz geltender Tarifverträge für arbeitnehmerähnliche Personen zu drängen und kündigt die Prüfung rechtlicher Konsequenzen an. Hintergrund ist, dass die DW-Personalabteilung rund 60 freien Mitarbeitern der DW-Akademie mitgeteilt hat, dass sie künftig vom Sender als Rechnungssteller ohne Tarifschutz behandelt würden. „Nicht die Deutsche Welle, sondern der Tarifvertrag legt fest, wer als selbstständiger freier Mitarbeiter und wer als Fremdfirma ohne Anspruch auf soziale Leistungen behandelt wird. Wir fordern die betroffenen Freien auf, sich nicht genötigt zu fühlen, dieser einseitigen Festlegung zuzustimmen und sich dagegen mit Hilfe von ver.di zur Wehr zu setzen“, sagte Manfred Kloiber, Bundesvorsitzender der Fachgruppe Medien in ver.di.

Kloiber kritisierte, Neustrukturierungen und Sparmaßnahmen gingen zu Lasten derjenigen Mitarbeiter, deren oft prekäre Situation für eine aus Bundesmitteln finanzierte Rundfunkanstalt ohnehin schon beschämend genug sei. „Frei ist nicht vogelfrei. Gerade die Verantwortlichen der Deutschen Welle als öffentlicher Auftraggeber sollten das wissen“, sagte Kloiber. Bei der DW gilt der Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Personen (TVaP). Freiberufler müssen von der Deutschen Welle als arbeitnehmerähnliche Personen behandelt werden, wenn sie häufig für den Sender tätig werden und große Teile ihres Umsatzes dort erzielen. Dazu gehört auch die Gewährung von Leistungen wie Urlaubs- oder Krankengeld. Firmen hingegen fallen nicht unter diese Regelung. Ob Freiberufler als Person oder als Firma für die Deutsche Welle tätig werden, muss in jedem Fall einzeln geprüft werden. Betroffenen Freien Mitarbeitern, die ver.di-Mitglied sind, rät Kloiber, die ver.di-Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen.



DGB und ver.di zum WDR- und Landesmedien-Gesetz

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf bekennt sich die Landesregierung zum öffentlich- rechtlichen Rundfunk, stellen ver.di und DGB in ihrer Stellungnahme zum WDR-Gesetz und zum Landesmediengesetz NRW fest. Sie sind sich mit der Landesregierung einig, dass die verfassungsrechtlich garantierte Bestands- und Entwick- lungsgarantie die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des WDR darstellt. Der vorgelegte Gesetzentwurf sei keine tiefgreifende und umfassende Neuausrichtung, sondern solle den aktuellen Erfordernissen aus Rechtsprechung einerseits und steigenden wirtschaftlichen Herausforderungen andererseits gerecht werden. Außerdem erhoffe sich die Landesregierung ein höheres Maß an Transparenz und Öffentlichkeit, insbesondere hinsichtlich der Arbeit des Rundfunkrates. Öffentliche Sitzungen, Veröffentlichung der Sitzungsergebnisse und der Hintergründe der Gremienarbeit sollten gestärkt werden. Den Ansatz, die Transparenz der Gremienarbeit zu verbessern, tragen ver.di und DGB mit. Ob die gefunden Regelungen allerdings wirklich zu mehr Transparenz führen, sollte genau beobachtet werden., heißt es in der Stellungnahme. ver.di und DGB regen eine Bestandsaufnahme der Gremienarbeit nach der Hälfte der kommenden Amtsperiode des Rundfunkrates an. Die Verlagerung von Entscheidungen und Diskussionsprozessen in nichtöffentliche Unterausschüsse oder informelle Gesprächskreise berge das Risiko einer Scheintransparenz. Der Gesetzgeber wäre dann gefordert, getroffene Regelungen zu überarbeiten.

In der öffentlichen Wahrnehmung gelten die Aufsichtsgremien als versteinert. Auch diesem Umstand wolle der Gesetzentwurf entgegen wirken. Auswertungen zur personellen Fluktuation in den Gremien machten allerdings deutlich, dass es sich hier nur um ein gefühltes Problem handelt. ver.di und DGB begrüßen die konsequente Anwendung der Drittelregelung. Sie sei ein wichtiger Beitrag, um dem Grundsatz der Staatsferne Rechnung zu tragen. Demgegenüber werde die deutliche Aufstockung des Rundfunkrates kritisch gesehen. Einerseits stärke der Entwurf die Gremien, insbesondere was die Konsequenzen aus der Causa Gottschalk anbelangt, andererseits schwäche die neue Aufgabenteilung den Rundfunkrat und verlagere Kompetenzen auf den Verwaltungsrat.

Zur Stellungnahme:

<http://tinyurl.com/o3jy5rm>

Konvergenzmonitor: ZDF meinungsmächtigstes Medienangebot

Das Medium mit der größten Meinungsmacht ist neuerdings das ZDF mit einem Anteil von 4,6 Prozent am bundesweiten Meinungsmarkt. Dahinter folgen der ehemalige Spitzenreiter Bild-Zeitung (4,4 Prozent), Das Erste (4,3 Prozent) sowie die beiden Privatsender RTL (3,6 Prozent) und Sat.1 (2,8 Prozent). Diese Daten finden sich beim neuen Medienkonvergenzmonitor der Landesmedienanstalten. Er gibt Aufschluss über die Struktur der Medienlandschaft und die Verteilung der Meinungsmacht in Deutschland. Aktuell zeigt sich, dass die Anteile der Medienkonzerne am Meinungsmarkt trotz zunehmender Bedeutung des Internets relativ stabil geblieben sind. Wie der MedienVielfaltsMonitor für das 1. Halbjahr 2015 zeigt, haben Medienunternehmen mit dem Schwerpunkt Fernsehen oder Print weiterhin eine führende Position im Meinungsmarkt. ARD, Bertelsmann, ProSiebenSat.1, Springer und ZDF kommen zusammen auf einen Anteil von 58 Prozent. Weitere 25 Medienunternehmen erzielen zusammengerechnet einen Anteil von rund 29 Prozent. Darunter befinden sich mit United Internet, Yahoo und Microsoft (MSN) bisher lediglich drei Internetunternehmen.

www.medienkonvergenzmonitor.de

Bedeutsam für die weitere Entwicklung am Meinungsmarkt sind die reichweitenstarken intermediären Internetplattformen, die zunehmend die informierende Mediennutzung im Internet bestimmen. Dazu zählen vor allem Facebook, Google, YouTube und Twitter. Rund 30 Prozent der Bevölkerung nutzen diese Plattformen bereits täglich für die Suche oder Nutzung von informierenden Medieninhalten. Die Ergebnisse des MedienVielfaltsMonitors basieren auf der Vernetzung der Daten der regelmäßigen Reichweitenstudien von agma, GfK und Nielsen mit der repräsentativen Gewichtungsstudie von TNS Infratest, die im Auftrag der Landesmedienanstalten ganzjährig durchgeführt wird, sowie den Beteiligungsverhältnissen der Medienunternehmen. Der MedienVielfaltsMonitor ist damit Teil des Projektes Medienkonvergenzmonitor der Landesmedienanstalten. Er soll aktuelle und valide Daten über den Stand und die Entwicklung der Rundfunk- und Medienlandschaft nutzerfreundlich und für jedermann im Internet zugänglich zu machen. In einer optisch ansprechenden und interaktiven Form werden Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse sowie ihre gattungsübergreifenden Auswirkungen auf die Medienvielfalt und die Meinungsbildung in Deutschland dargestellt. Erstmals werden dabei von der Mediendatenbank sowohl elektronische als auch Printmedien gemeinsam erfasst und so auch crossmediale Verflechtungen von Rundfunk, Print- und Onlinemedien dargestellt. Die Mediendatenbank des Medienkonvergenzmonitors wie auch die darauf aufbauenden Studien werden in regelmäßigen Abständen

aktualisiert. Darüber hinaus werden zukünftig Schwerpunktstudien zu aktuellen Themen, wie die Meinungsbildungsrelevanz von Suchmaschinen und Social-Media-Angeboten, den Medienkonvergenzmonitor komplettieren.

dju Hessen begrüßt Landtagsbeschluss zu Qualitätsmedien

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Hessen hat den Beschluss des hessischen Landtags für eine Stärkung von Qualitätsjournalismus begrüßt. Dem fraktionsübergreifenden Antrag der Regierungsparteien CDU/Grüne und der SPD hatte auch die LINKE zugestimmt, sah aber die prekäre Situation vor allem freier Journalistinnen und Journalisten nur unzureichend berücksichtigt. Nur die FDP stimmte dagegen. Die dju schließt sich uneingeschränkt der Einschätzung des Landtags an, dass insbesondere durch Personalabbau und den Ausstieg der Zeitungsverleger aus der Tarifbindung sowie durch schlechte Bezahlung freier Journalistinnen und Journalisten die Bedingungen für eine gute Berichterstattung deutlich schlechter geworden seien, sagte Mitte November Joachim Legatis, Sprecher des dju-Landesvorstandes. „Wir müssen feststellen, dass viele Verleger ihre publizistische Verantwortung nur unzureichend wahrnehmen und damit Einschränkungen der Pressefreiheit billigend in Kauf nehmen.“

Mit dem Beschluss erkenne der Landtag an, dass die Branche unter Druck stehe. „Ein Druck, der ungemildert auf die schreibenden und fotografierenden KollegInnen abgeladen wird“, so Legatis. Trotz oftmals auskömmlicher Einnahmen strichen Zeitungsverlage Stellen, kürzten Gehälter und stellten junge Journalisten zu Gehältern knapp über dem Mindestlohn an. Freie Journalistinnen und Journalisten erreichten mit ihren Zeilenhonoraren oft nicht einmal den Mindestlohn. Die Zeitungsverleger seien offenkundig nicht mehr an journalistischer Qualität interessiert. „Viele Zeitungsverlage werden inzwischen rein betriebswirtschaftlich geführt und optimiert. Dann sollte aber auch das Branchenprivileg „Tendenzschutz“ gestrichen werden, das die Mitbestimmung der Betriebsräte in Zeitungsverlagen stark beschneidet“, forderte er. Dies müsste zumindest für die Verlage gelten, die sich zusätzlich auch noch der Tarifbindung entziehen.

Die dju begrüßt den Vorschlag, Fördermöglichkeiten für Qualitätsmedien über die landeseigene WI-Bank zu schaffen. Die dju beteilige sich gerne an einem runden

Tisch, um mit Politik und Verlegern zukunftsfähige Lösungen für eine vielfältige Medienlandschaft in Hessen zu erarbeiten. Dies setze jedoch die Einsicht der Verleger voraus, dass gute Arbeit auch gut bezahlt werden muss.

NRW: Stiftung Vielfalt kooperiert mit CORRECT!V

Die Stiftung Vielfalt und Partizipation wird bei dem Projekt „Datenjournalismus in NRW“ mit dem gemeinnützigen Recherchezentrum CORRECT!V kooperieren. Dies hat die Medienkommission der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) befürwortet. Der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Jürgen Brautmeier, begrüßte die Entscheidung des LfM-Gremiums: „Auf diesem Gebiet gibt es hierzulande kaum Fachleute, dementsprechend groß ist der Bedarf an der Weiterentwicklung von datenjournalistischem Wissen in NRW. Hier wollen wir mit unserem Kooperationspartner Impulse setzen und Expertise zugänglich machen.“ Er freue sich, dass die Stiftung eine Entwicklung vorantreibe, die regionalen und lokalen Medien vielversprechendes Potenzial für journalistische Recherche und neue Geschichten biete. David Schraven, Publisher von CORRECT!V ergänzte: „Wir wollen unser Wissen weitergeben. Wir sehen eine Reihe von lokalen Projekten, die mit Hilfe von Datenrecherchen den Menschen vor Ort großen Nutzen bringen können.“

Das gemeinnützige Recherchezentrum CORRECT!V wurde 2014 gegründet und ist bereits mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderem mit dem Grimme Online Award 2015, dem Deutsch-Französischen Medienpreis und dem Axel-Springer-Preis. Es finanziert sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Initialförderin ist die Essener Brost-Stiftung. Es hat sich zur Aufgabe gemacht, Informationen und Rechercheergebnisse für Journalisten und interessierte Bürger aufzubereiten und diese zugänglich zu machen. Die Stiftung Vielfalt und Partizipation wurde als gemeinnützige GmbH gegründet und ist eine 100%-ige Tochter der LfM. Ein erstes Förderprogramm hatte die Stiftung im August initiiert. Danach stehen zur Förderung des Lokaljournalismus Mittel in Höhe von 200.000 Euro bereit.

www.correctiv.org
www.lfm-nrw.de/stiftung



ROG: Journalistin des Jahres ist Syrerin Zaina Erhaim

Reporter ohne Grenzen (ROG) hat die Syrerin Zaina Erhaim als Journalistin des Jahres 2015 ausgezeichnet. Erhaim entschied sich 2013 zur Heimkehr aus dem sicheren Ausland und hat seitdem in Syrien fast 100 Bürgerjournalisten ausgebildet. Außerdem unterstützte sie die Gründung einer ganzen Reihe unabhängiger Zeitungen und Zeitschriften. „Zaina Erhaim beweist durch ihren unermüdlichen Einsatz, dass eine alternative Berichterstattung über den Krieg in Syrien möglich ist“, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. „Sie ist ein Beispiel dafür, wie Journalisten selbst unter gefährlichsten Bedingungen den Kampf um Unabhängigkeit und um eine menschliche Perspektive auf einen scheinbar ausweglosen Konflikt nicht aufgeben.“

www.reporter-ohne-grenzen.de

Als Bürgerjournalisten des Jahres würdigt ROG das äthiopische Blogger-Kollektiv Zone9, dessen Mitglieder wegen ihres Einsatzes für unabhängige Informationen über die Zustände im Land von Regierung und Justiz drangsaliert werden und mehr als ein Jahr im Gefängnis verbrachten. Zum Medium des Jahres hat die Jury die türkische Tageszeitung Cumhuriyet gekürt, die wegen ihrer Berichterstattung über Tabuthemen wie die Kurdenfrage und den Genozid an den Armeniern mit Klagen, Internetsperren und Verleumdungskampagnen überzogen wird. Zu den Nominierten für die Auszeichnung als Journalist des Jahres gehörten auch Markus Beckedahl und André Meister vom Blog netzpolitik.org.



DRadio Wissen: Ankommen in der Fremde

Unter dem Motto „Wir sind dann mal da!“ lädt DRadio Wissen Hörerinnen und Hörer ein, ihre persönliche Geschichte über Flucht und Ankunft zu erzählen. In diesem Jahr sind so viele Menschen nach Deutschland geflohen wie lange nicht mehr. Doch neu sei dieses Ereignis nicht: Nach dem Zweiten Weltkrieg strömten innerhalb weniger Jahre zahlreiche Vertriebene nach Deutschland, nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze kamen DDR-Flüchtlinge und in den 90er-Jahren flohen viele Menschen vor dem Balkankrieg. Mit jeder Einwanderungswelle kamen auch Vorurteile gegen Fremde, Ängste und

Am Freitag, den 25. Dezember werden diese Geschichten ab 18 Uhr in der [Sendung Einhundert](#) präsentiert.
www.dradiowissen.de/dasein

Probleme. Genauso gab es gegenseitige Hilfe und freudige Begegnungen. Fast jeder kenne in Familie und Umfeld Geschichten von Einwanderern oder ist selbst einer. Wie war dieses Ankommen in Deutschland? Welche Probleme gab es für oder mit dem Ankömmling? Wie haben sich Einheimische und Fremde geholfen, wie sind sie zusammengekommen? Welche Erfahrungen gab es mit dem Ankömmling? Wie haben die Einwanderer ihren Platz gefunden? Diese Geschichten, ob eigene, von der Mutter, der Oma oder den Nachbarn will Dradio Wissen sammeln und präsentieren.

ARD und ZDF: Förderpreis Frauen + Medientechnologie

ARD und ZDF suchen Frauen, die sich in ihren Abschlussarbeiten mit aktuellen technischen Fragestellungen aus dem Themenbereich der audiovisuellen Medien beschäftigt haben. Der Förderpreis „Frauen + Medientechnologie“ wird 2016 zum achten Mal ausgeschrieben. Bewerbungen können bis zum 29. Februar 2016 online eingereicht werden. Bewerben können sich Absolventinnen von Hochschulen und Universitäten in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ihre Abschlussarbeiten zu müssen nach dem 1. Januar 2014 angenommen worden sein.

www.ard-zdf-foerderpreis.de

Jan Metzger, Intendant von Radio Bremen und Schirmherr des diesjährigen Wettbewerbs, hebt die Bedeutung des Förderpreises für die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hervor: „Wo wir heute zu wenige Frauen in Fachkarrieren haben, fehlen sie morgen auch in Führungspositionen. Das bewegt uns dazu, mit dem ARD/ZDF Förderpreis »Frauen + Medientechnologie« ganz gezielt nach talentierten Frauen zu suchen. Deswegen wird von allen ARD-Anstalten, dem ZDF und der Deutschen Welle gemeinsam der Förderpreis auf die Suche geschickt.“ Nach Abschluss einer ersten Beurteilungsphase werden im Mai 2016 zehn Nominierte der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach einer weiteren Juryrunde werden im September 2016 dann die drei Preisträgerinnen mit Geldpreisen im Gesamtwert von 10.000 € auf der IFA in Berlin ausgezeichnet. Ausgerichtet und vergeben wird der Förderpreis von der ARD.ZDF medienakademie, der zentralen Fort- und Weiterbildungseinrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland.



Fernsehrat: Berichterstattung zu Flüchtlingen ausgewogen

Der Fernsehrat des ZDF hat die Berichterstattung des Senders zum Thema Flüchtlinge in seiner Dezembersitzung als sachlich, hintergründig und vielfältig eingeschätzt. Das Gremium sah in der großen Themenvielfalt sowohl die Probleme und Ängste wie auch das Engagement vieler Menschen und die Willkommenskultur aufgegriffen. Auch die Fragen und Probleme zur Möglichkeit der Integration würden kritisch dargestellt. Der Fernsehratsvorsitzende Ruprecht Polenz sagte: „Das ZDF beschönigt hier nichts. Kritiker, die einzelne Beiträge rausgreifen und eine einseitige Berichterstattung unterstellen, verschließen die Augen vor der Vielfalt der Programme, teilweise bewusst und mit dem Ziel, Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Der Fernsehrat hat die Programmmacher ermutigt, weiterhin so facettenreich zu berichten. Dabei müssen auch die Probleme in der Berichterstattung thematisiert werden.“ Der Fernsehrat begrüßte auch die Angebote mit arabischen und englischen Untertiteln, die das ZDF speziell für Flüchtlinge anbietet und in einer mobilen Anwendung bündelt. Es müsse geprüft werden, ob diese von den Flüchtlingen auch genutzt würden und inwieweit eine Weiterentwicklung nötig sei.



KEK: Sat.1 muss weiter Drittsendezeiten einräumen

Sat.1 ist weiterhin verpflichtet, Sendezeit für unabhängige Dritte als Fensterprogramme einzuräumen. Dies hat die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) festgestellt. Die Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (LMK) als lizenzführende Landesmedienanstalt für das bundesweit verbreitete Fernsehvollprogramm SAT.1 hatte die KEK um Feststellung der Zuschaueranteile gebeten, die der Sendergruppe der ProSiebenSat.1 Media SE insgesamt zuzurechnen sind. Unter Zugrundelegung der von der AGF/GfK ermittelten und veröffentlichten Daten über die Zuschaueranteile ergibt sich für die ProSiebenSat.1 Media SE im maßgeblichen Zeitraum von Oktober 2014 bis September 2015 ein Zuschaueranteil von 20,04 Prozent. Unter Berücksichtigung der von der Sat.1

SatellitenFernsehen GmbH bereits verbreiteten Regionalfenster liege der erforderliche Umfang der Drittsendezeiten bei 180 Minuten pro Woche, so die KEK. Gemäß § 31 Abs. 2 Satz 1 RStV müssen davon mindestens 75 Minuten in der Sendezeit von 19:00 bis 23:30 Uhr liegen. In der Vergangenheit seien die Fensterprogramme unter Einhaltung dieser Mindestanforderungen fast durchweg auf späte Nacht- bzw. Morgenstunden („Mitternachtssendungen“) verwiesen worden. Für einen effektiven Beitrag zur Sicherung der Meinungsvielfalt empfiehlt die KEK eine möglichst frühe Platzierung der Drittsendezeiten.



DDVG mit positivem Ergebnis

Die SPD-Medienholding ddvg hat das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 6,4 Mio. € abgeschlossen. Das Betriebsergebnis fiel mit 9,4 Mio. € besser aus als in der vorangegangenen Berichtsperiode (5,2 Mio. €). Nachdem der Cashflow im Jahr 2013 (-0,4 Mio. €) noch durch umfangreiche Restrukturierungsaufwendungen geprägt war, fiel er im Jahr 2014 mit 16,8 Mio. € deutlich positiv aus. Die SPD erhält aus dem Geschäftsjahr 2014 1,5 Millionen Euro Gewinn. Darüber hinaus erhielt die SPD Sondertilgungen in Höhe von 3,5 Mio. € auf Gesellschafterdarlehen. „Wir arbeiten weiter daran, uns in einem schwierigen Markt zu behaupten, das Jahresergebnis 2014 bestärkt uns darin, diesen Weg fortzusetzen, auch wenn es manchmal unbequem ist“, erklärte ddvg- Geschäftsführer Jens Berendsen bei der Vorstellung des Geschäftsberichts.

Die ddvg hält Beteiligungen unter anderem an der Madsack-Gruppe ("Hannoversche Allgemeine", "Leipziger Volkszeitung", "Dresdner Neueste Nachrichten", "Lübecker Nachrichten"), den "Cuxhavener Nachrichten", der "Sächsischen Zeitung", der "Neuen Westfälischen" (Bielefeld), der "Frankenpost" (Hof) und dem "Freien Wort" (Suhl). Die SPD-Medienholding kündigte laut epd medien an, sich von einer weiteren Druckerei zu trennen. Von der geplanten Schließung der Madsack-Druckerei in Kirchrode bei Hannover sind nach den Worten von Berendsen rund 130 Arbeitsplätze betroffen. Wie viele Entlassungen es am Ende geben werde, sei derzeit noch offen. Damit ist die SPD-Holding lediglich noch an der Druckerei in Lübeck beteiligt. Ziel der SPD sei es angesichts des digitalen Wandels, über die ddvg in nachhaltige Geschäftsmodelle und Qualitätsjournalismus zu investieren, sagte SPD-Schatzmeister Dietmar

Nietan .Dies könne im Einzelfall für die Beteiligten „große Zumutungen“ bedeuten, wie die Schließung der Druckerei Kirchrode zeige. Tarifverträge wie in der Druckindustrie seien zwar notwendig, müssten aber den aktuellen wirtschaftlichen Umbrüchen Rechnung tragen. Die SPD ist die einzige Partei in Deutschland, die über größere Medienbeteiligungen verfügt.



OBS: Studie zur Vertrauenskrise der Medien

Dem Autoritätsverlust der Medien geht die Studie „Wir sind das Publikum!“ der Otto Brenner Stiftung (OBS), nach und fragt nach Wegen aus der manifesten Beziehungskrise zwischen Medien und Publikum. Ukraine-Berichterstattung, Griechenland- und Euro-Krise, Germanwings-Katastrophe, Wulff- Bashing und NSU-Skandal stehen als Beispiele für den Reputationsverlust der Medien. Für viele Beobachter, so die OBS, stehe fest: Die Medien stecken tief in einer Vertrauenskrise. Glaubwürdigkeitsdefizite hätten in den letzten Jahren schleichend zugenommen und die Zweifel des Publikums längst auch die etablierten Qualitätsmedien und den öffentlich- rechtlichen Rundfunk erreicht. Fest stehe auch, dass das Internet und besonders die sozialen Medien das Verhältnis zwischen Journalisten und dem Publikum gravierend verändert haben. Ergebnis sei, dass Teile der Bevölkerung die Medien inzwischen für von „oben gesteuert“ halten, für lügnerisch, abgehoben und arrogant. Das gestörte Verhältnis zwischen Medien und Publikum ist Ausgangspunkt der Medien-Studie. Autor Fritz Wolf beschreibt die veränderte Rolle des Publikums, das nun Medien direkt kritisiert und damit eine neue, bisher unbekannte Form der Medienkritik praktiziere. Die öffentliche Wahrnehmung konzentriere sich dabei auf Hassmails und Trolle und übersehe „dass in der veränderten Rolle des Publikums auch die Chance zu demokratischer Partizipation stecken kann“.

Die Otto-Brenner-Stiftung sei der Auffassung, dass „die öffentlich-rechtlichen Sender in besonderer Verantwortung stehen, den Dialog zu befördern, auf ihre Kritiker zuzugehen und Formen und Räume zur Beteiligung und Programmkritik zu schaffen“. Sie würden schließlich via Haushaltsabgabe von der Allgemeinheit finanziert. Demokratische Teilhabe brauche auf der anderen Seite auch mündige Bürger, die sich wie solche verhalten: Dialog sei keine Einbahnstraße, heißt es in einer Mitteilung. In der Untersuchung werden zahlreiche Vorschläge gemacht und Ansätze vorgestellt, die für einen zu entwickelnden Dialog genutzt werden

Die Studie ist als Arbeitsheft 84 der Otto Brenner Stiftung erschienen und kann bei der online bestellt oder heruntergeladen werden.
www.otto-brenner-stiftung.de

könnten. In den Sendern sollten, so eine konkrete Überlegung des Autors, unabhängige Ombudsleute arbeiten, wie das etwa in der Schweiz der Fall ist. Die Studie regt an, dass die Medienpolitik sich unter den neuen Bedingungen noch einmal mit der Frage einer „Stiftung Medientest“ befasst, die vor Jahren unberechtigterweise schon einmal ad acta gelegt worden ist. Außerdem schlagen Stiftung und Autor vor, dass in den einzelnen Landesregierungen jeweils Medienbeauftragte ernannt werden, die sich speziell um die Entwicklung der Publikumsbeziehungen kümmern.

Aber auch die Sender selbst sind gefordert. Sie sollten, so eine konkrete Forderung, explizit den Dialog mit dem Publikum als Unternehmensziel in ihre Leitlinien aufnehmen und zudem Sendeformen entwickeln, die diesem Ziel zuarbeiten. Auch die Gremien könnten die in letzter Zeit erkennbar gewordene Zuwendung zur Öffentlichkeit dazu nutzen, ihre Arbeit für medienpolitische Interessierte attraktiver zu machen, etwa durch thematisch interessante Gremiensitzungen. Schließlich könnten auch unabhängige lokale oder regionale Publikumsinitiativen eine wichtige Rolle spielen. Vernetzung und schnelle Kommunikation erlaubten heute auch kleineren Organisationsformen größere Wirksamkeit.

Personalien

DJV:: Neuer Vorstand gewählt

Frank Überall ist neuer Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV). Er löst damit Michael Konken ab, der den Verband 12 Jahre lang führte. Zur stellvertretenden DJV-Bundesvorsitzenden wurde die freie Journalistin Kathrin Konyen gewählt. Die freie Journalistin gehörte bereits dem letzten DJV-Bundesvorstand an. Zweiter Stellvertreter wurde der Zeitungsredakteur Wolfgang Grebenhof. Er will sich auch weiterhin für gesicherte tarifliche Arbeitsverhältnisse von Redakteurinnen und Redakteuren einsetzen.

ARD ab Januar mit neuer Pressestelle

Mit dem Wechsel des ARD-Vorsitzes zur MDR-Intendantin Karola Wille werden auch die Sprecherstellen neu besetzt. Der Medienjournalist Steffen Grimberg und die Chefin vom Dienst bei ARD-aktuell übernehmen die Pressestelle ab Januar 2016. Grimberg war zuletzt Referent im Grimm-Institut und zuvor Redakteur beim Medienmagazin Zapp und der taz.

DLM ab 2016 mit neuem Vorsitz

Siegfried Schneider, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), wird zum Januar 2016 neuer Vorsitzender der Direktorenkonferenz der Medienanstalten (DLM). Die Gesamtkonferenz der Medienanstalten wählte den 59-Jährigen Mitte November zum Nachfolger von Dr. Jürgen Brautmeier. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Schneider wird damit auch Vorsitzender der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK). Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Gesamtkonferenz Cornelia Holsten (brema) und Jochen Fasco (TLM). Winfried Engel (LPR Hessen) wurde als Vorsitzender der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der Landesmedienanstalten für zwei weitere Jahre wiedergewählt, ebenso wie seine Stellvertreterin Ortrud Wendt (NLM).

www.die-medienanstalten.de

Die Gesamtkonferenz berief außerdem Thomas Langheinrich (LFK) in die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM). Schneider wird hier dessen Stellvertreter. Dr. Jürgen Brautmeier (LfM) wird in der KJM Stellvertreter von Renate Pepper (LMK). Brautmeier wird an Stelle von Dr. Uwe Hornauer (MMV) außerdem zum Mitglied der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) berufen. Siegfried Schneider (BLM) wird einer der Stellvertreter in der KEK. Neuer Beauftragter für Haushalt wird Martin Heine (MSA) in der Nachfolge von Dr. Uwe Hornauer (MMV).

Veranstaltungen

Shit und Candy – Die neue Währung für den Journalismus?

29. Journalistentag der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Samstag, 23. Januar 2016
10.00 bis 17.00 Uhr

ver.di Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Programm und Anmeldung:
www.dju.verdi.de/journalistentag

Klickzahlen bestimmen zunehmend das Geschäft im Internet. Dadurch werden auch die Rolle und die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten beeinflusst. Die sozialen Medien werden zur Plattform für die Kritik an Medieninhalten – Shitstorms und Hasskommentare gegen Berichterstatter und Berichterstattung greifen um sich. Zudem blüht das Geschäft mit den Daten von Nutzerinnen und Nutzern. Diese Themen beschäftigen sich Journalistinnen und Journalisten sowie Medienexpertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik.

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand,
Referat Medien- und
Kulturpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2,
10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 0172-72 515 98
sabine.nehls@dgb.de

Der DGB-medien-newsletter
kann abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter